

**Einfache Anfrage Dürr-Gams / Heim-Andwil / Sennhauser-Wil:
«Agrarpolitik ab 2022 – Wie stellt sich der Kanton St.Gallen dazu?»**

Der Bundesrat hat die Vorlage zur Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) in die Vernehmlassung geschickt. Gemäss Vernehmlassungsbotschaft soll bereits wieder ein grosser Teil der agrarpolitischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Diese einschneidenden Anpassungen erfolgen in einem Zeitpunkt, in welchem die Auswirkungen und die Zielerreichung der Agrarpolitik 2014–2017 noch nicht endgültig beurteilt werden können. Die Zukunft der Landwirtschaft mit dem langfristigen Erhalt der Betriebe und den Stichwörtern nachhaltige Lebensmittelproduktion, Klimawandel, Einkommen, Risikomanagement und soziale Sicherheit findet in der bundesrätlichen Botschaft zu wenig Beachtung. Konkrete Ansätze zu einer Stärkung der Landwirtschaft fehlen. Ebenso wenig äussert sich der Bundesrat in der Botschaft zur Weiterführung des GVO-Moratoriums.

Die neue Agrarpolitik ist geprägt von Projekten und einer Verkomplizierung der Agrarpolitik. Von der immer wieder geforderten Vereinfachung der administrativen Aufwände ist nichts zu spüren. Nicht nur auf den Landwirtschaftsbetrieben wird die Umsetzung der Agrarpolitik zu einem ineffizienten Administrativmoloch. Auch im Vollzug kommen die Stellen bereits jetzt an ihre Grenzen.

Die St.Galler Bäuerinnen und Bauern sind bereit, ihr Engagement bei der Lebensmittelversorgung, beim Tierwohl sowie beim Erhalt der Ressourcen laufend auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und des Verfassungsauftrags anzupassen. Dazu ist die Landwirtschaft, wie auch die vor- und nachgelagerten Akteure, auf Verlässlichkeit bei den politischen Rahmenbedingungen und eine möglichst hohe Planungssicherheit angewiesen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Vernehmlassung der Regierung zur neuen AP22+ mit anderen Kantonen abgestimmt und in welchen Punkten herrscht Übereinstimmung?
2. Sieht die Regierung Möglichkeiten und Ansätze, in der Umsetzung der Agrarpolitik auf Departements- und Amtsstufe die Abläufe zu vereinfachen?
3. Wie stellt die Regierung sicher, dass die künftige Agrarpolitik des Bundes und die grundsätzlichen Ziele des Kantons in Sachen schlanker Staat kongruent sind?
4. Sieht die Regierung die Möglichkeit mit dem Postulatsbericht zu den Perspektiven der St.Galler Landwirtschaft auf die geplante AP22+ Einfluss zu nehmen?
5. Ist die Regierung bereit, sich aktiv und in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen bei den weiteren politischen Prozessen für eine schlankere Agrarpolitik und einen einfachen Vollzug einzusetzen?»

11. März 2019

Dürr-Gams
Heim-Andwil
Sennhauser-Wil